

**Bundesministerin Dr. Franziska Giffey**

- (A) Not“ informieren. Das Angebot dieses Hilfef Telefons besteht schon jetzt, und wir wollen dies noch weiter ausbauen. Rund um die Uhr in 18 Sprachen werden alle Frauen informiert, die in dieser Notsituation sind. Ich sage hier einmal die Nummer: 0800 40 40 020. Dieses Hilfef Telefon ist rund um die Uhr an jedem Tag des Jahres verfügbar. Es informiert Frauen über Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, über die Methoden, die sie anwenden, über die Hilfsangebote, über die Beratungsstellen. Es war uns ganz wichtig, dass wir zu einem solchen Angebot kommen. Das ist gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber ganz klar: Wir wollen, dass es darüber hinausgeht. Wir sehen, dass wir Versorgungslücken in Deutschland haben. Wir sehen, dass wir klare Verbesserungen bei der Qualifizierung der Ärztinnen und Ärzte brauchen. Deshalb haben wir – und das ist mit dem Bundesgesundheitsminister vereinbart – auch ausgemacht –, dass er ein Konzept dafür vorlegen muss, wie er diese Qualifizierung der Ärzte fortentwickeln und verbessern will. Das wird er bis zum Ende des Jahres auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass Ärztinnen und Ärzte genau wissen, welche Informationen sie auf ihre Internetseite stellen können und zu welchen Informationen sie verlinken können. Das haben wir vereinbart. Das ist für einige von Ihnen vielleicht nicht ausreichend. Aber es ist das, was möglich war. Das ist eine deutliche Verbesserung der Situation.

- (B) (Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie es doch nicht schön! Das ist das Schlimmste daran!)

Das kommt den Zielen zugute, die wir uns gesetzt haben, nämlich die Informationen für die Frauen zu verbessern und auch für die Rechtssicherheit der Ärztinnen und Ärzte.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Kollegin Katja Keul hat das dringende Bedürfnis zu einer Kurzintervention. Ich gestatte sie. Frau Kollegin Keul, Sie haben das Wort.

**Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich habe eine Frage, weil Sie gesagt haben, es gebe jetzt Rechtssicherheit für die Ärztinnen und Ärzte. Das kann man so oder so sehen. Sicher ist jedenfalls, dass sowohl Frau Hänel als auch alle anderen Ärztinnen, die bislang angezeigt worden sind, nach Ihrem Gesetz weiterhin strafrechtlich verurteilt werden müssen. Ist Ihnen das eigentlich klar? Was ist das also für eine Rechtssicherheit, die sie haben? Sie haben keine Rechtssicherheit, zu

informieren, sondern Rechtssicherheit, weiterhin strafrechtlich verurteilt zu werden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Ministerin, wollen Sie antworten? – Bitte.

**Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:**

Wir reden hier über ein Gesetz für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit, für Verfahren, die schon laufen, und zwar nach den bisherigen Regeln.

Wir reden davon, dass Ärztinnen und Ärzte in Zukunft wissen, dass sie über die Tatsache informieren dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ganz klar eine Sicherheit, die alle Ärztinnen und Ärzte in Deutschland haben werden und wir reden auch darüber, dass Ärztinnen und Ärzte in Zukunft wissen, welche Informationen sie auf ihre Internetseite stellen dürfen. Im Beratungsgespräch dürfen sie natürlich auch darüber hinaus informieren. Jeder Arzt, jede Ärztin hat die Freiheit und die Sicherheit, im Beratungsgespräch all das in eigenen Worten zu sagen.

Es geht hier einzig und allein um die Internetinformation. Diese wird zukünftig ganz klar über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Bundesärztekammer und über das BAFzA zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, ein Link auf der Homepage des Arztes wird in die Lage versetzen, diese Information zu geben. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch keine Informationsfreiheit!)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Keul, ich weiß, dass ich das nicht erzwingen kann, aber es ist ein Gebot der Höflichkeit, die Antwort stehend abzuwarten.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich ja!)

Als nächste Rednerin erhält das Wort die Kollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Seit gut einem Jahr führen wir in diesem Haus eine sehr kontroverse Debatte über die Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen. Heute liegt erstmals ein Kompromiss als Grundlage vor, den die Minister der Koalition erarbeitet haben. Erst einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie das auf den Weg gebracht haben.